



Florian Müller Auf den Punkt.

Lieber Leserin, lieber Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei und wir sehen in der ersten Sitzungswoche eine ratlose und beratungsresistente Ampel-Koalition. Sie hat es in der Sommerpause verpasst, unsere Energieversorgung zu sichern und die Inflation zu bekämpfen. Stattdessen führt sie eine schlecht konstruierte Gasumlage ein, lässt den Tankrabatt auslaufen und nimmt damit weitere Mehrkosten für die Bevölkerung in Kauf. Auch das Entlastungspaket vergisst unsere mittelständischen Unternehmen. Das ist fatal, denn viele Betriebe stehen bereits jetzt mit dem Rücken an der Wand und werden den Winter ohne Unterstützung nicht überleben. Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung das Ausmaß der Krise begreift und entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringt. Uns droht ein erheblicher Wohlstandsverlust.



Energieversorgung: Ideologische Verbohrtheit statt Pragmatismus.

Wirtschaftsminister Habeck hat in dieser Woche erneut bewiesen, dass er und seine Partei mehr Anti-Kernkraft-Partei sind als Klimaschutz-Partei. Denn obwohl der vorgenommene Energie-Stresstest Engpässe in der Energieversorgung nicht ausschließt, will Habeck am Aus für die verbleibenden klimafreundlichen Kernkraftwerke festhalten. Er setzt auf Kohlekraftwerke und will sogar klimaschädliche Ölkraftwerke auf Schiffen in der Nordsee einsetzen, um den Wegfall der drei Kernkraftwerke zu kompensieren. Die von Habeck geplante Reserve der zwei von drei noch laufenden Kernkraftwerken ist laut Betreiber technisch nicht machbar. Gleichzeitig plakativieren die Grünen in Niedersachsen „Bye bye AKW“. Parteipolitische Interessen und ideologische Scheuklappen sind gerade völlig fehl am Platz. Wenn wir jetzt nicht alle Kapazitäten zur Energiegewinnung nutzen, stellen wir unseren wirtschaftlichen Wohlstand, unseren gesellschaftlichen Frieden und die Solidarität innerhalb Europas vor eine Zerreißprobe. Die Grünen und Robert Habeck müssen ihrer staatspolitischen Verantwortung nachkommen und über ihren eigenen Schatten springen.



Bundshaushalt: Kein Rotstift beim Blaulicht.

Ausgerechnet ein Jahr nach der verheerenden Flut im Ahrtal nimmt die Bundesregierung für das Jahr 2023 Kürzungen beim Bevölkerungs- und Katastrophenschutz im Haushaltsplan vor. Die Kürzungen treffen auch das Technische Hilfswerk (THW): Die Ausgaben für die so wichtige Arbeit werden im kommenden Jahr um rund 30 Prozent sinken. Das ist ein fatales Signal an alle Ehrenamtlichen, die sich beim THW für unsere Sicherheit engagieren und im vergangenen Jahr bei der Flutkatastrophe rund um die Uhr im Einsatz waren. Dass die Ampel den Rotstift ausgerechnet bei denjenigen ansetzt, die für unsere Sicherheit zum Teil ihre Gesundheit riskieren, ist untragbar.

Lieber Leserin, lieber Leser, ich wünsche Ihnen einen gesegneten Sonntag!

Ihr

Florian Müller